

„Die Lüge als Instrument der Machtpolitik“

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass ich zum Auftakt des heutigen Gedenkens an die Opfer totalitärer und autoritärer Regime hier in Potsdam das Wort ergreifen darf.

Vor einem Jahr hörte ich zusammen mit Ihnen dem überaus interessanten Vortrag von Prof. Claudia Weber über ihr Buch *Der Pakt* zu. Als Historiker erfuhr ich sowohl aus dem Vortrag als auch aus dem Buch Informationen, die in der polnischen Geschichtsforschung nicht immer zum Ausdruck kommen. Besonders wichtig waren für mich die durch die Archivdokumente begründeten Angaben zur Zusammenarbeit der Gestapo und des NKWD bei der Bekämpfung der polnischen Eliten. Anhand der in der polnischen Fachliteratur enthaltenen Beweise, sollte eine der erwähnten Gesprächsrunden in der vor dem Kriegsausbruch meinen Großeltern gehörenden und danach von Gestapo beschlagnahmten Villa „*Pan Tadeusz*“ in Zakopane stattgefunden haben.

Auskünfte über Gespräche zur Ausrottung polnischer Eliten geben uns bislang nur die deutschen Archive, weil die russischen für die Forschung unzugänglich bleiben. Die sowjetischen Offiziere spielten dabei allerdings eher eine federführende Rolle, denn sie waren es, die über einschlägiges Wissen und nützliche Erfahrungen aus der Bekämpfung der Polen in der Sowjetunion der Vorkriegszeit verfügten.

Denn eine Tatsache ist in Deutschland wohl kaum bekannt: In der Sowjetunion der Jahre 1937-38 lag die Wahrscheinlichkeit, als Pole oder Polin das Leben zu verlieren, dreißig- bis vierzigmal höher als im Falle anderer ethnischer Gruppen, wie die amerikanischen Historiker Terry Martin und Timothy Snyder festgestellt haben. Mit ungefähr 681.000 machten Menschen polnischer Nationalität ca. 0,4 Prozent der gesamten Bevölkerung der Sowjetunion aus. Infolge des Befehls 00485 des NKWD vom August 1937 wurden mehr als einhundertzehntausend, also 13 bis 14 Prozent von ihnen getötet. Die „polnische Operation“ sollte ein Teil der „deutschen Operation“ sein, die darauf abzielte die „deutschen Spione“ zu bekämpfen.

Diese einführenden Worte sollen die polnische Empfindlichkeit gegenüber den russischen Geschichtsfälschungen und ihren hinterlistigen, zynischen Maßnahmen erklären, denen viele Polen zu Opfer fielen. Da in Russland eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte eine Seltenheit ist, wird dort die öffentliche Meinung in stärkerem Maße durch historisch Falsches geprägt als in Ländern, in denen die Geschichtswissenschaften dem Zweck dienen, Schlüsse für die gegenwärtigen und künftigen politischen Entscheidungsprozesse zu ziehen. Timothy Snyder, ein weltbekannter US-amerikanischer Historiker, widmet diesem Thema einige seiner auf Youtube veröffentlichten Vorträge.

Bittere Worte über den Umgang mit Geschichte in Russland finden sie auch im neulich erschienen Buch „Die Geschichte in mir“ vom ehemaligen deutschen Botschafter in Moskau Rüdiger von Fritsch.

Für meinen heutigen Auftritt habe ich das Thema der Lüge als Machtinstrument gewählt, und zwar in Bezug auf zwei Themen, die sowohl mit dem Dritten Reich als auch mit der Sowjetunion zusammenhängen. Der Hitler-Stalin-Pakt und seine Folgen sowie der in Katyn begangene Massenmord geben genug Aufschlüsse über die Strategien der russischen Politik – sei es unter der sowjetischen, sei es unter der russischen Fahne. Solche Lehren aus der naheliegenden Vergangenheit halte ich für hilfreich, wenn man die Vorgehensweise Moskaus gegenüber der Ukraine in der seit viereinhalb Jahren andauernden Vollinvasion zu verstehen versucht.

Als Historiker weiß ich natürlich, dass die Lüge oder gezielte Geschichtsfälschungen seit Jahrhunderten zum üblichen Instrumentarium vieler Länder gehören und nicht ausschließlich die russische Politik kennzeichnen. Nichtsdestotrotz halte ich es für gerechtfertigt, am 23. August das russische Handeln ins Visier zu nehmen. Dies liegt zum Teil an bitteren Erfahrungen, die ich in den Diskussionen im Rat der Europäischen Union gemacht habe, als 2009 Polen, einige Länder aus Mitteleuropa und die baltischen Staaten vergeblich versuchten, den 23. August zum Tag des Gedenkens an die Opfer der Totalitarismen zu erklären. Die westlichen EU-Länder stellten sich dem vehement entgegen, mit der Begründung, die kommunistischen oder sowjetischen Verbrechen seien anders als die nationalsozialistischen oder faschistischen Taten zu interpretieren. Die Angst vor der Verharmlosung der NS-Verbrechen hat zur Verdrängung der kommunistischen Gräueltaten geführt und diese nicht zuletzt als etwas Nebensächliches oder gar weniger Schädliches erscheinen lassen. Die nachfolgende diesbezügliche positive Entscheidung des Europäischen Parlaments hat nicht die gleiche Bedeutung, wie sie die klare Stellungnahme der Regierungen hätte deuten können.

Für die Verbreitung der Informationen über die Verbrechen der beiden Totalitarismen setzt sich seit 2009 das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität ein, das eine öffentliche Kampagne in vielen Ländern führt und Lehrmaterial veröffentlicht.

Beginnen wir mit einigen ausgewählten Konsequenzen des **Hitler-Stalin-Paktes**.

Die russische Geschichtsschreibung behauptet, der Weltkrieg habe erst mit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begonnen. Die Zeit zwischen September 1939 und Juni 1941 wird aus der russischen Perspektive als der deutsche Überfall auf Polen geschildert, deutsche Siegeskampagne im Westen, also als Militärhandlungen mit regionalen Folgen. In Bezug auf Polen sprach Russland von der „Befreiung“ der ukrainischen und belorussischen Gebiete von der polnischen Unterdrückung.

Diese „Befreiung“ resultierte aus dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, doch wie sie durchgeführt wurde, war für die russische Politik sehr charakteristisch.

Mit dem Einfall in das polnische Territorium wartete Stalin bis zum 17. September 1939, bis er sicher sein konnte, dass die Deutschen den Großteil der polnischen Militärfüräfte besiegt hatten. Gegen seine Erwartung blieben die Westmächte passiv, was Hitler mehr freie Hand im Handeln im Osten gab. Bemerkenswerterweise gratulierte Stalin Hitler zur Eroberung von Warschau bereits am 9. September, obwohl die Hauptstadt Polens bis zum 26. September mutig verteidigt wurde und erst am 28. September kapitulierte.

Gründe für den Meinungswechsel Stalins lagen in der Einschätzung des Verhaltens von Paris und London gegenüber Hitler. Dass die beiden mit Polen verbündeten Staaten bloß eine formelle Kriegserklärung abgegeben, jedoch keine konkreten Schritte unternommen hatten, beunruhigte Moskau. „Im August 1939 ging er [Stalin] davon aus, dass die Deutschen recht lange mit den Westmächten kämpfen würden, weswegen ein Vorposten im ethnischen Polen für einen späteren Angriff auf das durch den Krieg erschöpfte Deutschland überaus großen Nutzen haben würde. (...) Am 28. September wusste er jedoch, dass diese Pläne in weite Ferne gerückt waren“, resümiert Stalins Meinung Professor Andrzej Nowak, einer der besten Kenner der polnisch-russischen Beziehungen.

In der russischen Geschichtsschreibung wird der sowjetische Einmarsch in Polen als Schutz der unterdrückten ukrainischen und belorussischen Bevölkerung vor der „faschistischen“ polnischen Vorherrschaft dargestellt und als Wiederherstellung der geschichtlichen Gerechtigkeit – Russland strebte seit Jahrhunderten danach, Polen als Hindernis auf dem Weg seiner Westexpansion zu beseitigen. Auch für Deutschland sollte sich daraus „die Wiederherstellung eines natürlichen Zustandes“ ergeben, wie Claudia Weber in ihrem Buch unmissverständlich ausführt (S. 78). Seit der Teilung Polens im 18. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges grenzten die beiden Staaten ja direkt aneinander.

Am Tag der Kapitulation von Warschau, dem 28. September 1939, schlossen Berlin und Moskau einen neuen Vertrag ab, der die Bestimmungen des Paktes vom 23. August angesichts der aktuellen militärischen Lage korrigierte. Die Sowjetunion verzichtete auf die auf dem rechten Ufer der Weichsel gelegenen Regionen Polens, welche die Wehrmacht bereits besetzt hatte, erzwang aber zum Ausgleich freie Hand in Litauen, was im Nachhinein zur sowjetischen Einverleibung dieses Landes führte.

Beachtenswert sind auch die propagandistischen Kommentare aus Berlin und Moskau, die nach der Unterzeichnung des Abkommens am 28. September laut wurden. Dort hieß es u.a., dass durch die Vernichtung des polnischen Staates ein dauerhafter Frieden in Osteuropa herrsche und es nur von London und Paris abhängen, ob der Frieden auch für den ganzen Kontinent gelte. Die aus Anlass der Unterzeichnung des Abkommens verfasste gemeinsame Erklärung endet mit einem vielsagenden Satz: „Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen“ – gemeint waren Berlin und Moskau – „erfolglos bleiben, so würde damit die

Tatsache festgestellt sein, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind“ (Zitate nach C. Weber, S. 97).

Diese Worte sollten wir uns merken, da auch heute in Moskau ähnliche Aussagen gemacht werden. In einem Interview vom 29. Juli dieses Jahres hat Außenminister Sergei Lawrow wortwörtlich gesagt, dass der Westen einen Krieg gegen Russland in der Ukraine führe und Russland seit jeher nur nach Frieden strebe. Neulich hat er sich ähnlich an die Adresse von Großbritannien geäußert, wegen der militärischen Unterstützung Londons für die Ukraine.

Was mir aus der Perspektive des heutigen Vortrages wichtig scheint, sind die praktischen Folgen des deutsch-sowjetischen Paktes für die Bevölkerung, die unter die sowjetische Herrschaft geriet, denn sie weisen auf Praktiken hin, die bis heute ihre Geltung behalten haben. Erwähnenswert ist, dass der Einmarsch der Roten Armee in Polen am 17. September 1939 von der russischen Propaganda als Beseitigung des „faschistischen Regimes in Polen“ gepriesen wurde. Wie bekannt klingen solche Sprüche angesichts des andauernden russischen Angriffs auf die Ukraine!

Anfang Oktober 1939, kurz nach der Besatzung der östlichen Wojewodschaften Polens, ordnete Stalin die Bildung der sogenannten Komitees für die Wahl der Volksversammlungen in der Westukraine und in West-Belarus an – so sollten die eroberten Gebiete von nun an heißen. Diesen Scheinwahlen ging eine Welle an Verhaftungen von polnischen Beamten, Geistlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Aktivisten sowie vielen Intellektuellen voraus.

In den Stadtarchiven von Lemberg habe ich die für diese Wahl angefertigten Wählerlisten gesehen. Mit der Aufgabe, sie zu erstellen, wurden die Hausmeister beauftragt, wobei es keinerlei Möglichkeit gab, die Genauigkeit ihrer Angaben zu prüfen. Ich suchte vergeblich nach den Namen meiner Familie unter ihrer Lemberger Adresse und kann mir vorstellen, dass angesichts der vom Krieg vertriebenen Menschenmassen niemand imstande war, glaubwürdige Listen zu erstellen.

Offensichtlich handelte es sich um eine pseudodemokratische Bestätigung einer zuvor getroffenen Entscheidung. Es gab keinen Wahlkampf, auf dem Wahlzettel standen nur Namen völlig unbekannter Kandidaten der neuen sowjetischen Macht. Das offizielle Wahlergebnis bestätigte diese Farce: Bei einer angeblichen Wahlbeteiligung von 92,83 Prozent in der „Westukraine“ und 96,71 Prozent in „West-Belarus“ bekamen die amtlichen Kandidaten über 90 Prozent der Stimmen. Die so bestimmten Volksvertreter baten unmittelbar um die Eingliederung der beiden Regionen in die Sowjetunion, und dieser Bitte gab der Oberste Sowjet unverzüglich am 1. bzw. am 2. November 1939 statt.

Für die Bevölkerung der von den Sowjets besetzten Gebiete bedeutete das keineswegs eine Befreiung. 340.000 bis 400.000 Menschen wurden in die unermesslichen Weiten der Sowjetunion zwangsumgesiedelt, zahlreiche von ihnen überlebten den Transport nach Sibirien

oder Kasachstan nicht. Ihren Platz in den früheren polnischen Gebieten nahmen russische Kolonisten ein.

Die verbleibende Bevölkerung musste sich unverzüglich den neuen russischen Verwaltungsverfahren beugen: Nahm man die sowjetischen Dokumente nicht an, war an ein Verbleiben in der bisherigen Wohnung nicht zu denken, auch wenn es sich um eine Eigentumswohnung handelte; weder Bezugsscheine für Lebensmittel noch ein Arbeitsplatz waren, ohne die entsprechenden Unterlagen zu bekommen, weder Fahrkarten noch Heizstoff für den nahenden Winter zu kaufen.

Die Realität der angekündigten Befreiung durch die Sowjetunion sah nicht viel anders aus als die Realität der deutschen Besatzung. Und die beiden Besatzer blieben miteinander im regen Austausch darüber, wie man den möglichen polnischen Widerstand und die Wiedergeburt des nationalen Denkens am besten brechen könne. Die Historiker sind sich einig, dass die sowjetischen Methoden wirksamer waren, vor allem in der ersten Phase der Besatzung, da die Russen über eine reichere historische Erfahrung in der Unterdrückung Polens verfügten, aber auch über ein umfangreicheres Netz von Informanten in der Gesellschaft.

Inzwischen wurden zahlreiche Angehörige der polnischen Intelligenzija und viele Geistliche verhaftet, viele von ihnen im Frühjahr 1940 in Katyn, das stellvertretend für andere Orte des Mordes steht, umgebracht, manche auch in Straßenexekutionen. Mit dem Angriff der Deutschen auf die Sowjetunion im Juni 1941 nahm die Welle der Exekutionen zu – Insassen der Gefängnisse wurden massenhaft erschossen, bevor das NKWD den jeweiligen Ort verließ.

Manchen ist es gelungen, aus dem sowjetischen in das deutsche Besatzungsgebiet zu fliehen: So konnte die Familie meiner Mutter im Frühjahr 1940 aus Lemberg nach Krakau gelangen, rechtzeitig vor der großen Welle der Deportationen nach Sibirien.

Ich wage eine **Parallele** zwischen dem, was nach dem sowjetischen Einmarsch in Polen passiert ist, und dem sich vor unseren Augen entfaltenden Drama der Ukraine. Ob damals in Polen, neulich in Georgien oder jetzt in der Ukraine – Russland handelt nach demselben Szenario.

Zu der Zeit der Krimannexion und der Besetzung von Teilen des Donbas diente ich als EU-Botschafter in der Ukraine und konnte die Ereignisse aus unmittelbarer Nähe verfolgen.

Zuerst wurde das Krimparlament von den russischen Eroberern einberufen, um über das Referendum zum weiteren Schicksal der Halbinsel zu bestimmen. Die Sitzung fand in dem besetzten Parlamentsgebäude statt, wo selbst im Beratungssaal bewaffnete russische Soldaten standen, damals noch „grüne Männchen“ genannt. Gemäß einer auf der Parlamentswebseite verbreiteten Verlautbarung stimmten 61 von 64 anwesenden Abgeordneten für ein Referendum über die Unabhängigkeit der Krim.

Medienrecherchen ergaben jedoch, dass das Quorum von 51 Mitgliedern für die Beschlussfähigkeit nicht erreicht war. Es wurden nämlich Stimmen von Parlamentsmitgliedern

gezählt, die nach eigenen Angaben nicht anwesend waren. Manche Abgeordnete, deren Stimmen registriert wurden, waren nach eigenen Angaben nicht einmal in Simferopol. Die ukrainischen Quellen sprachen von 43 anwesenden Abgeordneten gegenüber der für die Beschlussfähigkeit erforderlichen Zahl von 51.

In dem Referendum, das nach demselben Muster wie die Scheinabstimmung vom Herbst 1939 in den besetzten polnischen Regionen organisiert war und bereits im März stattfand, wurde dann plötzlich nach der Eingliederung der Krim in Russland gefragt. Es gab keine verifizierbaren Wählerlisten, kein Werben für das Verbleiben der Krim bei der Ukraine. Abgesehen von der grundlegenden Tatsache, dass nach der damals auf der Krim geltenden Rechtsordnung das Referendum schlicht verfassungswidrig war.

Das unter diesen Umständen und nach dem Einmarsch der russischen Truppen durchgeführte Referendum am 16. März 2014 konnte nur zu einem im Voraus festgelegten Resultat führen – bereits einen Tag später erklärte der Chef der Abstimmungskommission, dass 96,77 Prozent der Wählerinnen und Wähler dem Beitritt zu Russland zugestimmt hätten. Zwei Tage danach wurde die Annexion der Krim von Moskau als Rückkehr in die Heimat feierlich gefeiert.

Allerdings veröffentlichte der von Putin eingesetzte Rat für Menschenrechte auf seiner Website versehentlich eine interne Analyse, nach der die Wahlbeteiligung deutlich unter 50% stand – ich selbst habe die Ziffer 37 gesehen –, wovon wiederum 50 bis 60 Prozent für den Anschluss an Russland gestimmt hätten.

Aus der Perspektive der Krimbevölkerung ähnelte die so gefeierte Rückkehr der Erfahrung, welche man vom September 1939 an in den polnischen Ostgebieten gemacht hatte – Zensur der Medien, Verfolgung des nationalen Lebens der Ukrainer und Krimtataren, Kolonisierung durch die russischen Beamten und das aus Russland kommende Militärpersonal, Verhaftung oder Entführung der bedeutendsten Akteure der Opposition. Nach offiziellen Angaben, die ich acht Jahre nach der Annexion der Website des russischen Sozialministeriums entnommen habe, wurden seitdem über 380.000 Kolonisten aus Russland auf die Krim umgesiedelt, das heißt mehr als 15 Prozent der Gesamtbevölkerung der Halbinsel. Die ukrainischen Regierungskräfte wie die Vertretung der Krimtataren behaupten, die Zahl der Neukolonisten liege heute bei ungefähr 800.000.

Ähnlich wie auf der Krim verliefen die von den russischen Besatzern organisierten Volkabstimmungen in den Ostregionen der Ukraine. Das Besondere bestand hier nur darin, dass Russland in einigen Fällen auch die noch nicht militärisch eroberten Regionen einseitig zu seinem Territorium erklärt hat.

Wie in Polen im Herbst 1939 wurden nun dieselben Verwaltungsmethoden angewendet, um die Menschen zur Loyalität und zur Akzeptanz der neuen Umstände zu zwingen. Die Annahme der russischen Staatsangehörigkeit galt als Vorbedingung für Meldepflicht, Neuregistrierung eines Autos, Zulassung zum Schulunterricht, Aufnahme einer Berufstätigkeit, Zuteilung einer

Telefonnummer, Anschluss ans Internet und so weiter. Sollte sich jemand verweigern, würde man ihn entweder verhaften oder ausweisen oder gar nicht überleben lassen.

Im Schulunterricht wurden das russische Curriculum und die russischen Schulbücher Pflicht, wobei die ukrainische Geschichte und Kultur entweder gänzlich verschwiegen oder im negativen Lichte dargestellt wurde. Eine der brutalsten und völkerrechtswidrigsten Maßnahmen ist in der Entführung und Zwangsrussifizierung von Kindern sowie im Militärdienst der Männer aus den besetzten Gebieten zu sehen. Die letzteren kommen nachher an der Front gegen die Ukraine zum Einsatz.

Wenn ich heute von Bekannten aus der von Russland eroberten und ruinierten Stadt Mariupol lese, die 2014 nach Nachodka im Fernen Osten umgesiedelt wurden, denke ich an das Schicksal von Millionen Menschen aus den von der Sowjetunion besetzten polnischen Gebieten – ob polnischer, ukrainischer oder belorussischer Nationalität – die 1939 oder 1940 in das ferne Sibirien deportiert wurden. Dasselbe Schicksal teilte die Bevölkerung von Litauen, Lettland und Estland nach der Eingliederung dieser Staaten in die Sowjetunion im Juni 1940.

Die Parallele zwischen den Scheinwahlen und ihren Folgen für Polen im Jahr 1939 und dem angeblichen Referendum in den von Russland besetzten Regionen der Ukraine ist unschwer zu bemerken. Wer nach den Ursachen einer solchen Kontinuität im Handeln der sowjetischen und der russischen Behörden fragt, sollte aufmerksam die Biografien der führenden Beamten dieses Staates studieren.

Der anerkannte britische Politologe Steven White hat den Berufsweg von rund tausend russischen Beamten in Spitzenpositionen für den Zeitraum von 2004 bis 2007 analysiert und festgestellt, dass je nach Jahr zwischen 40 und 78 Prozent von ihnen zuvor in einem der Geheimdienste tätig waren, die ja alle Nachfolgeorganisationen des NKWD sind. So können Erfahrungen unmittelbar, sozusagen von Schreibtisch zu Schreibtisch, weitergegeben werden.

Der demokratische Westen, der sich schnell mit den von Moskau geschaffen vollendeten Tatsachen abgefunden hat und die erzwungenen Territorialänderungen als Ansatz für die Nachkriegsordnung akzeptiert, sollte Lehren aus der Geschichte des Hitler-Stalin-Paktes ziehen, die nicht zuletzt als Mahnung angesichts der künftig zu treffenden Entscheidungen über das Schicksal der Ukraine zu verstehen sind.

Der Massenmord in Katyn zählt zu den schwerwiegendsten Folgen des Hitler-Stalin-Paktes und des sowjetischen Einmarsches in Polen von 1939. Er ist in die Geschichte als eine der größten politischen Lügen der Nachkriegszeit eingegangen – und zugleich als eine zynisch durchgeführte politische Operation mit weitreichenden Konsequenzen für Polen und die europäische Politik.

Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 zogen sich die verbleibenden polnischen Truppen in die östliche Richtung zurück, um sich dort neu zu organisieren.

Die Militärführung wusste offensichtlich nicht von der Geheimklausel im Hitler-Stalin-Pakt und der dort beschlossenen Grenze zwischen den Einflusszonen der beiden Vertragsstaaten.

Am 17. September 1939 wurden die polnischen Truppen durch den Einmarsch der Roten Armee, der ohne Kriegserklärung oder Vorwarnung erfolgte, überrascht und zur Waffenniederlegung gezwungen. Nur wenige leisteten aktiven Widerstand; die meisten versuchten, auch auf Anordnung ihrer Militärführung, die Waffen zu verstecken und sich als Zivilisten auszugeben, die sich auf der Flucht vor den Deutschen befänden. In den meisten Fällen bewahrte sie das leider nicht vor der Verhaftung.

Der polnischen Exilregierung im Westen blieb das Schicksal der Offiziere und Soldaten unbekannt. Über verschiedene Kanäle versuchte man vergeblich, an Informationen über den Verbleib von Tausenden Berufsoffizieren und am Vortag des Krieges Mobilisierten zu kommen.

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion schien sich die Lage geändert zu haben. Überrascht durch den deutschen Angriff beschloss die Regierung in Moskau Anfang Juli 1941 „die Freilassung von allen polnischen Bürgern, die auf dem sowjetischen Territorium als Kriegsgefangene oder anhand einer anderen gültigen Rechtsnorm verhaftet wurden“. Abgesehen von lügnerischen Formulierungen „Kriegsgefangene“ oder „gültige Rechtsnormen“, erhoffte sich die polnische Regierung von dieser Entscheidung doch die Möglichkeit, eine ca. 200.000 Mann starke Armee zu bilden.

Anhand der Vorkriegsdaten wusste die Exilregierung, wer von den Generälen und höheren Offizieren im September 1939 in die sowjetischen Hände geraten sein konnte. Die Informanten im besetzten Polen berichteten über Briefe oder Postkarten, welche Angehörige aus den Lagern Starobielsk, Kozielsk oder Ostaszkow bekommen hatten. Im Falle ihrer Befreiung hätten diese erfahrenen Militärs unmittelbar das Gerüst der polnischen Streitkräfte auf dem sowjetischen Territorium bilden können. Mit der Aufgabe, sie zu formieren, wurde General Władysław Anders beauftragt. Er selbst war seit Herbst 1939 in dem Moskauer Lubjanka-Gefängnis festgehalten, natürlich ohne jeden rechtlichen Grund, und gemäß der neuen Verordnung auf freien Fuß gesetzt.

General Anders stellte schnell fest, dass es unter den Polen, die sich an von den russischen Behörden genehmigten Sammelpunkten meldeten, sehr wenige Offiziere gab, verglichen mit dem Vorkriegsstand. Auf seine Fragen, die er der russischen Regierung stellte, bekam er immer dieselbe Antwort – die würden sich schon finden. Das war der Beginn der Lüge von Katyn. Wobei Katyn hier als Sammelbegriff für andere Orte der Hinrichtung steht.

Mit der Aufgabe, die Sache direkt mit Stalin zu klären, flog General Władysław Sikorski, Premierminister der polnischen Exilregierung, im Dezember 1941 nach Moskau. In seinen Händen eine Liste mit über viertausend Namen gesuchter Militärs, darunter Generäle, von denen die Regierung sicher wusste, dass sie im Herbst 1939 in sowjetische Haft geraten waren. Auf die an ihn direkt gestellte Frage nach deren Verbleib antwortete Stalin kaltblütig: „Sie sind geflohen!“. Wohin? „In die Mandschurei!“

Konfrontiert mit der Absurdität dieser Antwort beauftragte General Anders Józef Czapski, der eine Zeit lang mit anderen Offizieren im Lager von Starobielsk saß und aus nicht bekannten Gründen entlassen wurde, mit der Aufgabe, nach den verschollenen Offizieren zu suchen.

Czapski, der den Titel eines Grafen des russischen Imperiums trug, vor dem Ersten Weltkrieg in Petersburg Jura studiert und dem Pagenkorps des Zaren angehört hatte, sprach fließend Russisch und viele Türen standen ihm offen, auch die der kommunistischen Behörden. Und doch blieb er erfolglos in seiner Suche nach den Offizieren, von denen er viele persönlich kannte. Diese Zeit beschrieb Czapski in dem lesenswerten und bewegenden Buch *Unmenschliche Erde* (1967 erschien es auf Deutsch).

Im Anschluss an die Offensive gegen die Sowjetunion machten die Deutschen ihre Entdeckung der Massengräber in einem Wald bei Katyn in der Nähe von Smolensk am 12. April 1943 bekannt. Daraufhin brach die sowjetische Führung plötzlich ihr Schweigen. Sie erklärte, diese Menschen seien vor dem deutschen Einmarsch bei Bauarbeiten eingesetzt gewesen, nicht mehr evakuiert und später von den „faschistischen deutschen Henkern“ ermordet worden. Jede andere Version wurde von der russischen Seite als direkter Angriff auf die Sowjetunion verstanden.

Die deutsche Seite erkannte schnell, dass die Entdeckung der Massengräber die Gelegenheit bot, einen Keil zwischen die Alliierten zu treiben, und wandte sich an das Komitee des Roten Kreuzes, damit es eine Mission nach Katyn entsende, um die Opfer zu identifizieren sowie die Zeit und die Umstände des Mordes zu bestimmen.

Angesichts dieser Entwicklung befand sich die polnische Regierung zwischen Hammer und Amboss: Sie wollte nicht passiv zuschauen und entschloss sich, auch ihrerseits ein Ersuchen um Klärung des Sachverhaltes beim Roten Kreuz einzureichen. Moskau nahm dies zum Anlass, um die Beziehung zu der polnischen Exilregierung unter dem Vorwand abubrechen, die letztere „leiste den deutschen Provokateuren Vorschub“. Sikorski wurde absurderweise eine Absprache mit Hitler zur Führung einer antisowjetischen Kampagne vorgeworfen. Die westlichen Alliierten – besorgt, keinen Ärger mit Moskau zu bekommen – distanzieren sich von der Sache. Goebbels, der wegen dieses sehr willkommenen Streits unter den Alliierten frohlockte, hoffte auf eine Spaltung zwischen den Westmächten und Moskau.

Die Mission des Roten Kreuzes hat anhand der bei den Leichen erhaltenen Dokumente und aller anderen Angaben – u.a. des Standes der über den Gräbern gepflanzten Bäume – als Zeit der Ermordung Frühling 1940 angegeben, d.h. mehr als ein Jahr vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion. Diese Zeit entsprach auch den Datierungen der letzten Briefe, welche die Familien der in den sowjetischen Lagern Inhaftierten erhalten hatten.

Bei ihrem Leugnen der Ermordung der polnischen Offiziere verstrickte sich die russische Führung in weitere Lügen. Nach der Wiederbefreiung der früher von den Deutschen besetzten Gebiete berief Moskau eine eigene Kommission mit der Aufgabe, festzustellen, dass die

Offiziere erst nach dem Einmarsch der Deutschen ermordet worden seien. Das Beweismaterial war aber leicht anfechtbar.

Moskau bemühte sich beim Nürnberger Prozess den Mord von polnischen Offiziere und Mobilisierten der deutschen Führung anzulasten. Aus Mangel an Zeugen befasste sich das Tribunal jedoch nicht mit dieser Frage.

Als das Nachkriegspolen unter die sowjetische Vorherrschaft geriet, wurde das Massaker von Katyn nach dem russischen Willen als ein deutsches Verbrechen dargestellt. Für das Äußern abweichender Meinungen drohte Strafe. Der Großvater meiner Krakauer Nachbarin, der als technischer Vertreter des polnischen Komitees vom Roten Kreuz an der Mission von 1943 teilgenommen hatte und die Konsequenzen dieser Tatsache fürchtete, verließ das Land unmittelbar nach Kriegsende mit einem gefälschten niederländischen Pass.

In den Nachkriegsjahren lautete die offizielle polnische Linie zu dem Thema Katyn „eine perfide deutsche Provokation“ und nach 1956 verschwand das Wort Katyn gänzlich aus dem öffentlichen Sprachgebrauch. Zur Krönung dieser Lügenkampagne wurde die Errichtung von Denkmälern zu Ehren der polnischen Offiziere, die „1941 von den deutschen Nazis“ ermordet wurden: Ein solches Denkmal wurde 1983 in Katyn, ein ähnliches 1985 in Warschau enthüllt.

Die Sowjetunion unternahm noch einen anderen Versuch, die Welt über Katyn zu täuschen. Aus dem Dorf Chatyn, das im März 1943 von den Deutschen völlig zerstört und dessen Bevölkerung (ca. 150 Menschen) grausam umgebracht worden waren, machte man den zentralen Ort des Gedenkens an die Opfer der deutschen Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Durch den ähnlich klingenden Namen wollte man die Aufmerksamkeit von Katyn auf Chatyn lenken. Ein klassisches Beispiel von *maskirovka*, Tarnversuch.

Die Zahl der Ermordeten in dem Massaker von Katyn wird auf nicht weniger als 21.768 geschätzt, davon ungefähr 15.000 Offiziere; die übrigen Opfer waren Zivilisten, die im August 1939 der Mobilisierung folgten. Unter den Offizieren waren zwölf Armee- und sieben Polizeigenerale, der orthodoxe und der jüdische oberste Seelsorger der polnischen Armee, die einzige Pilotin der polnischen Luftkräfte. Unter den mobilisierten Zivilisten befanden sich rund hundertfünfzig Wissenschaftler und Professoren der Hochschulen. Dieser Aderlass an der polnischen Nation ließ sich jahrzehntelang spüren, und die Lügen der kommunistischen Propaganda machten den Verlust noch schmerzhafter.

Polen war aber nicht chancenlos und konnte die Wahrheit über Katyn aus alternativen Quellen erfahren. Dafür sorgten nicht nur die Exilzentren in Paris oder London und das Radio Free Europe in München, sondern auch viele mutige Menschen im Land selbst, die bereit waren, sich gegen die offizielle Propaganda zu Katyn zu stellen. Extremer Protestfall gegen die offizielle Lüge war die Selbstverbrennung von Walenty Badylak, eines ehemaligen Soldaten der Armia Krajowa (Heimatarmee), auf dem Krakauer Marktplatz am 21. März 1980.

Erst am 13. April 1990 hat sich Moskau zu dem Massaker von Katyn bekannt. Die Agentur TASS veröffentlichte an dem Tag in einer offiziellen Mitteilung die Information, dass die polnischen

Offiziere im Jahr 1940 vom NKWD erschossen wurden. Am selben Tag überreichte Michail Gorbachow in Warschau Kopien einiger Archivdokumente und die Kopie des eigentlichen Befehls, unterzeichnet nicht nur von Beria, sondern auch von Stalin, sowie die (allerdings unvollständigen) Namenslisten der Ermordeten. Das Schicksal von vielen bleibt bis heute unklar, ebenso wie der genaue Ort, an dem sie begraben sind.

In Polen hat sich Aleksander Kwaśniewski, der, bis Regimewechsel der kommunistischen Partei angehörte und 1995 zum Präsidenten gewählt wurde, erst im Jahre 2000 für die Verbreitung der Lüge über Katyn entschuldigt – sechzig Jahre nach den Geschehnissen.

Mit Gorbatschows Übernahme der Verantwortung für die Ermordung der polnischen Staatsangehörigen fand die Geschichte aber noch nicht ihr Ende. In den neunziger Jahren ermöglichte die russische Seite die Errichtung eines Denkmals in Katyn; heute von den russischen Propagandatafel gedeckt. Die Ukraine erlaubte den Bau der symbolischen Friedhöfe auf den Orten der Hinrichtung, die sich seit dem Zerfall der Sowjetunion in ihren Grenzen befinden.

Ich besuchte mehrmals den inzwischen von den russischen Angriffen teilweise zerstörte Friedhof in Petichatky bei Charkiw, wo symbolisch auch des Großvaters meines Veters gedacht wird, wie auch des Vaters des berühmten Filmregisseurs Andrzej Wajda. Zum Andenken der Opfer des NKVD widmete Wajda seinen bewegenden Film unter dem Titel *Katyn*.

Nach der Flugkatastrophe bei Smolensk im April 2010 wurde der Zugang zu den russischen Archiven schrittweise erschwert. „Memorial“, die einzige gesellschaftliche Organisation in Russland, die sich ernsthaft mit der Geschichtsaufarbeitung befasst, auch „das Gewissen Russlands“ genannt, wurde 2016 als fremde Agentur eingestuft und 2021 gerichtlich verboten. Botschafter Rüdiger von Fritsch widmet dem „Memorial“ viele warme Worte in seinem oben genannten Buch.

In den Geschichtsbüchern des kommunistischen Polens konnte man nichts Negatives zum Stalin-Hitler-Pakt lesen. Er wurde nur am Rande als eine selbstverständliche Notwendigkeit der Sowjetunion geschildert, sich vor einem möglichen deutschen Angriff zu schützen und die Bevölkerung des östlichen Polens vor den Konsequenzen eines Krieges zu bewahren. Aus diesem Pakt sollte auch die Verschiebung der östlichen polnischen Grenze als Fundament der ewigen Freundschaft zwischen Polen und der Sowjetunion sowie als Garantie unserer Sicherheit resultieren. In der Schule lernte man über von den Russen erwähnte und „Vertreter der Nation“ genannte kommunistische Aktivisten, nicht aber über die Verfolgung der polnischen Bevölkerung oder über die der Exilregierung treuen Streitkräfte der Armia Krajowa.

Doch schulische Maßnahmen hatten nur eine beschränkte Wirkung, da die Geschichte auch im Familienkreis erzählt wurde. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten die polnischen Exilzentren des freien Denkens, wo Dokumente und wissenschaftliche wie literarische Werke jenseits der landesinternen kommunistischen Zensur veröffentlicht werden konnten. Besonders verdient hat sich darum die „Paryska Kultura“ gemacht, geleitet von Jerzy Giedroyc,

an dessen hundertzwanzigsten Geburtstag wir in diesem Jahr erinnern. Ich hatte noch das Glück, Giedroyc 1987 in Paris persönlich zu begegnen. Die in seinem Verlag publizierten Bücher wurden mir aber bei der Einreise nach Polen abgenommen und beschlagnahmt.

Die „Paryska Kultura“, wie die sich seit den siebziger Jahren schnell entwickelnden Samizdatverlage in Polen, untergruben das staatliche Monopol an der Geschichtsdarstellung. Sogar intelligente und mutige Lehrkräfte suchten nun nach Methoden, ihre Schülerschaft nicht mehr über kritische Themen zu belügen.

In meiner Krakauer Oberschule hatte ich in den siebziger Jahren eine sehr gute und einfallsreiche Geschichtslehrerin. Obwohl Parteimitglied, gab sie sich viel Mühe, damit wir möglichst die wahre neueste Geschichte Polens lernten. Bei heiklen Themen wie dem Hitler-Stalin-Pakt und seinen Folgen sowie dem Warschauer Aufstand verpflichtete sie ausgewählte Schülerinnen und Schüler, Kurzvorträge vorzubereiten. Bevor ein solcher Vortrag der Klasse präsentiert wurde, versicherte sie sich, dass er anhand zuverlässiger Quellen ausgearbeitet worden war, erst danach ließ sie vortragen. In der Regel verließ sie dabei unter dem Vorwand anderer Verpflichtungen den Klassenraum. Auch wenn dieses Verhalten nicht die Regel war, bewies es, dass das kommunistische System in Polen unterschiedliche Gesichter hatte.

Die Revolution der „Solidarność“ von 1980–81 brachte uns in Polen eine unbegrenzte Meinungsfreiheit und die von den kommunistischen Machthabern eingeführten Maßnahmen vom Dezember 1981, d.h. die Verhängung des Kriegsrechts, konnten nicht viel daran ändern.

Warum sprechen wir noch heute über die **Geschichtsfälschungen**?

Der berühmte Historiker meiner Krakauer Alma Mater aus dem 19. Jh. Józef Szulski pflegte zu sagen, dass die falsche Geschichte Mutter einer falschen Politik sei.

Aus diesem Grund setze ich das Handeln der sowjetischen Besatzer der polnischen Gebiete nach dem Hitler-Stalin-Pakt mit dem russischen Vorgehen in der heutigen Ukraine nahezu gleich, weil eine solche Sichtweise zum Verständnis der gegenwärtigen Ereignisse beiträgt und vermuten lässt, was danach folgen kann. Viereinhalb Jahre nach dem russischen Überfall auf die Ukraine ist es geboten, den Fallen der damaligen Fehler auszuweichen.

Dem faktischen Handeln folgt ein gezielt verfälschtes Geschichtsnarrativ, um die Haltung der jungen Generationen zu prägen und die Politik anderer Staaten zu beeinflussen. Denn dort fanden und finden sich immer Menschen, die – auf Weisung oder aus Naivität und Unkenntnis der Geschichte – willig sind, die russische Propaganda zu verbreiten.

Die Lüge als Machtinstrument totalitärer Regime hat Hannah Arendt in ihrem Werk *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* sehr genau definiert und auf die gesellschaftlichen Konsequenzen hingewiesen. Eine der Gefahren besteht darin, dass die Wahrheit oft schwieriger zu akzeptieren ist als die Lüge, was dazu führt, dass Menschen für Fälschungen anfällig werden und das kritische Denken ausblenden.

Diese Gefahr bestand leider nicht nur in einer bereits abgeschlossenen Vergangenheit, sie droht auch heute und in der Zukunft. Wir sollten uns stets das nach wie vor gültige Prinzip vergegenwärtigen, welches George Orwell im „1984“ formuliert hat: „Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft; wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.“